

Auf der Suche nach dem Masterplan

Stadtrat drängt mit überfraktionellem Antrag auf ein Stadtentwicklungskonzept

Von Uli Karg

Am morgigen Samstag gibt es in den Bernlochnersälen ein Expertenhearing unter dem Titel „Wachstums(träume – Stößt die Stadt an ihre Grenzen?“, von dem man sich, so die Stadt in ihrer Ankündigung, „neue Impulse für die künftige Stadtentwicklung von Landshut“ verspricht. Wobei es für den Stadtrat mit Impulsen nicht mehr getan ist: Auf Initiative von Elke März-Granda (ÖDP) wurde ein überfraktioneller Antrag auf den Weg gebracht. Die Forderung: Die Verwaltung möge ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erstellen.

Vilsbiburg hat es Landshut bereits vorgemacht: Nach einem entsprechenden Stadtratsbeschluss erarbeitet ein Planungsteam dort aktuell ein ISEK für die nächsten zehn bis 15 Jahre. Dabei geht es um den Ausgleich der Elemente Bauen und Wohnen, Wirtschaft und Einzelhandel, Energie und Verkehr sowie öffentlicher Raum und Umwelt. Das Entwicklungskonzept biete einen „ganzheitlichen Planungsansatz unter Beteiligung der Öffentlichkeit“ so das zuständige Bundesministerium. Städte und Gemeinden komme dadurch eine „aktive und steuernde Rolle“ zu.

ISEK ist Grundlage von Städtebauförderung

Die Erstellung eines ISEK ist gemäß der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung Grundlage für sämtliche Programme der Städtebauförderung. „Bedeutend“ findet es Elke März-Granda daher, dass das Baureferat den Stadtrat nicht über ein derartiges Instrument informiert hat. „Ich halte das für ein Muss in Landshut.“ Umso mehr, als das Entwicklungskonzept auch eine Bürgerbeteiligung vorsieht. „Die Leute müssen ein Mitspracherecht haben bei der Frage: Wie wollen wir wachsen?“ Es geht darum, die Stadt als Ganzes im Blick zu haben.

Derzeit, so März-Granda, werde in der Stadt nämlich nur reagiert – bei gleichzeitigem großem Spielraum für Investoren. „Die Bürger wollen das nicht mehr. Auch, weil sie nicht gehört werden. Es muss in Zukunft



Landshut, historisches Zentrum

Fotos: Archiv Klaus Leidorf, LZ-Archiv



Landshut, Neubausiedlung im Stadt-Osten

ein eigenes Gestalten gehen.“ Dem Antrag haben sich fast alle Fraktionen angeschlossen. Bis auf die Freien Wähler. „Inhaltlich unterstützen wir das“, sagt FW-Stadträtin und Landtagsabgeordnete Jutta Widmann auf LZ-Anfrage. Zunächst wollte man den Prozess aber erstmal positiv begleiten und „abwarten, was die Diskussionen bringen“. Außer Frage steht für Widmann, dass die Stadtentwicklung in Landshut forciert werden müsse: „Eine Stadt, die so rasant wächst, muss sich Gedanken machen.“

Thomas Haslinger, OB-Kandidat der CSU, sieht alleine schon aufgrund der Förderrichtlinien die Notwendigkeit eines ISEK für Landshut: „Es gibt für mich keinen Zweifel, dass wir das machen müssen.“ Bis heute gebe es in Landshut keine „ganzheitliche Stadtentwicklung“, in die auch die Umlandge-

meinden einbezogen sind. Dabei müsse es vor allem auch um den Interessensausgleich zwischen Wohnbedarf und Naherholungsflächen gehen. „Und dabei müssen wir die Menschen mitnehmen. Mit seiner Bürgerbeteiligung bietet sich das ISEK dafür an.“

Stefan Gruber, Fraktionschef der Stadtratsgrünen, stellt in Sachen Stadtentwicklung folgende Fragen in den Mittelpunkt: „Welchen Zugang können und wollen wir steuern? Und welche Art von Wohnraum wollen wir schaffen?“ Antworten auf diese Fragen müssten zeitnah erfolgen. „Da gibt es in der Bevölkerung großen Klärungsbedarf.“ Mit einem ISEK könne ein langfristige angelegte Satzung erarbeitet werden. Dass das Thema in Landshut zuletzt eher vernachlässigt wurde, liegt laut Gruber daran, dass „Verwerfungen in der Verwaltung dazu



Baureferent Johannes Doll

geführt haben, dass es zwar ein Amt für Stadtentwicklung, aber keine Stadtentwicklung gibt.“

„Das wird mit Sicherheit ein größerer Prozess“

Was das Expertenhearing betrifft, das nach einem Antrag von Grünen, Landshuter Mitte und ÖDP einberufen wurde, vermisst Stefan Gruber eine gewisse Breite in der Referentenriege. Diese setzt sich zusammen aus Karla Schilde vom Münchner Referat für Stadtplanung, der Stadtplanerin Prof. Sophie Wolfurm und Freisinger Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher. „Da kommt die soziale Komponente des Themas viel zu kurz“, so Gruber.

Für Baureferent Johannes Doll ist das Expertenhearing nichtsdestotrotz ein probater „Einstieg in den Diskussionsprozess“. Was März-Grandas Vorwurf betrifft, das Baureferat habe den Stadtrat nicht über das Instrument des ISEK informiert, verweist Doll auf die Vorbereitenden Untersuchungen (VU), unter denen die Städtebauförderprogramme der Stadt laufen. Ein ISEK würde diese VUs ersetzen. Sollte sich der Stadtrat für ein Entwicklungskonzept entscheiden, sei jedoch auch klar: „Das wird mit Sicherheit ein größerer Prozess werden, der entsprechend Personal erfordert.“

Nach Dolls Einschätzung erhofft man sich im Stadtrat vom ISEK einen Masterplan. „Und wenn man sich auf gemeinsame Ziele verständigen kann, wäre das auch möglich.“